

hin von Rom ausgesprochen werden, blieben also in erster Linie Sache des Vatikans, auch wenn man davon ausgehen kann, daß der Vatikan nicht ohne Einverständnis der zuständigen deutschen Stellen handelte. Im ganzen scheint man damit die bestehenden Realitäten zu akzeptieren, ohne an ihnen etwas verändert zu haben. Einerseits gibt es keine Änderung kirchenrechtlicher Art, andererseits wird durch diese römischen Ernennungen den verfassungsrechtlichen Gegebenheiten bei diesen Neuerungen Rechnung getragen.

### *Politisch verfeinerte Taktik*

Bis zur „Normalisierung der Verhältnisse“ wird aber die SED nicht versäumen, auf die Kirchen weiteren Druck auszuüben. Nach den zunehmenden Anerkennungserfolgen wird es die SED noch weniger hinnehmen, daß im Innern von allen Institutionen lediglich noch die Kirchen in gewisser Weise Zurückhaltung gegenüber der Anerkennung verfassungsrechtlich fixierter Realitäten üben. Nachdrücklicher als bisher wird künftig von den Kirchen eine bewußte aktive Loyalität zum sozialistischen Staat und deren weitgehende Verselbständigung vor jedem Einfluß aus der Bundesrepublik gefordert werden. Mit dem Verlangen nach Aufhebung der „gesamtdeutschen“ EKU würde die letzte Einheitsklammer im evangelischen Bereich bereits beseitigt. Wenn die katholische Kirche in der DDR mit etwas mehr Nachsicht behandelt wird, so liegt dies u. a. auch darin, daß einige Entwicklungen in der katholischen Weltkirche von der Führung der SED (in Übereinstimmung mit Moskau) als nützlich angesehen werden und auch auf Anraten Moskaus darauf Rücksicht genommen wird.

Das zeigt u. a. eine Rede von *H. Matern*, als Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission und als 1. Vizepräsident der Volkskammer und für die Betreuung der Blockparteien zuständiger Spitzenfunktionär eines der einflußreichsten Mitglieder des SED-Politbüros, die dieser am 25. September 1969 vor führenden Funktionären der Ost-CDU in Berlin anläßlich des 20. Jahrestages der DDR gehalten hat.

Matern lobte darin den zunehmenden *Realismus des Papstes* in der Beurteilung der Weltlage sowie bei seinem Engagement für den Frieden und den „sozialen Fortschritt“. Der Vati-

kan, so meinte Matern, verdamme heute nicht mehr die Zusammenarbeit mit den Kommunisten in der sozialen und in der Friedensfrage, sondern ermuntere die Katholiken sogar „zu einem solchen Miteinander“. Matern beruft sich beispielsweise auf „*Populorum progressio*“ und wertet das dort festgehaltene bekannte Ambrosiuszitat zum christlichen Eigentumsverständnis („Es ist nicht dein Gut, mit dem du dich gegen den Armen großzügig erweist. Du gibst ihnen nur zurück, was ihnen gehört. Denn du hast dir herausgenommen, was zu gemeinsamer Nutzung gegeben ist. Die Erde ist für alle da, nicht nur für die Reichen“) als ein „*Credo sozialer Gerechtigkeit*“. Er findet allerdings die vatikanische Konzeption der sozialen Frage widerspruchsvoll, da der Papst im gleichen Atemzuge der „imperialistischen Entwicklungshilfe“ und der Verhinderung der Beseitigung der „gegebenen Ausbeutungsverhältnisse“ das Wort rede.

Matern glaubt auch feststellen zu können, daß der klerikale Antikommunismus abgenommen habe, weil jetzt schon 12 Prozent aller Katholiken im kommunistischen Machtbereich lebten. Dafür zeigte Matern größtes Verständnis für die Haltung des Papstes in der Frage der Geburtenregelung und bezüglich des Zölibats, indem er ihn gegen den „moralischen Sumpf der spätkapitalistischen Gesellschaft“ in Schutz nahm. Man sei zudem mit dem Papst der Meinung, „daß man den Bevölkerungsproblemen in den Entwicklungsländern *nicht* durch chemische

Präparate, sondern einzig und allein durch revolutionäre Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse beikommt“.

Matern rügte „undurchdachte Urteile“ über einige päpstliche Entscheidungen zum Teil als organisiertes Ablenkungsmanöver. Die westdeutschen Konzernblätter hätten das Thema Geburtenregelung breit ausgewalzt und damit nicht ohne Erfolg „von den wichtigen politischen Grundfragen, vor allem auch von den Folgen der aggressiven und re-vanchistischen Politik des Bonner Regimes, abgelenkt“. Während Matern einerseits die Haltung des Vatikans zur Stellung der Frau in der Gesellschaft zur Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse bei der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse usw. als antiquiert bezeichnete, würdigte er die positiven Aktivitäten des Vatikans zu Grundproblemen der Weltpolitik, zu Frieden oder Atomkrieg, zur Sicherheit von Europa, zur Unterzeichnung des Atomwaffen-Sperrvertrages und zur „Zügelung der imperialistischen Kriegstreiber“. Dieses bemerkenswerte, wenn auch mit vordergründigen Absichten abgegebene Urteil eines kommunistischen Spitzenfunktionärs entspricht durchaus einem international erkennbaren Bemühen, eine wenn auch noch so reduzierte und verbale „Aktionseinheit“ mit den Katholiken anzustreben. Wieweit dabei auch der Wunsch eine Rolle spielte, im Vatikan einen guten Eindruck zu machen, um eines Tages eher kirchenpolitische Konzessionen erwirken zu können, sei dahingestellt.

## *Kommt die Friedenspriesterbewegung wieder?*

Ende März 1968 wurde auf einer Tagung der katholischen Geistlichen aus der ganzen Tschechoslowakei in Prag nach stürmischer, stundenlangender Diskussion beschlossen, die Tätigkeit des „Ganzstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichen“ einzustellen. Der Vorsitzende des Ausschusses und damalige Minister für Gesundheitswesen der Tschechoslowakei, *J. Plojhar*, hatte seine Demission eingereicht. Mit ihm traten auch die anderen Vorstandsmitglieder mit dem Generalsekretär Kanonikus *J. Beneš* ab. Eine neue „Bewegung für die konziliare Erneuerung“, deren Vorsitz damals der Prager

Apostolische Administrator, Bischof *František Tomášek*, übernahm, wurde ins Leben gerufen (vgl. Herder-Korrespondenz, 22. Jhg., S. 211).

Nach der Invasion der Truppen der fünf Staaten des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei am 21. August 1968 wurde aber die „Bewegung für die konziliare Erneuerung“ durch das Prager Innenministerium mit der Begründung nicht zugelassen, sie verfolge politische Ziele. Seit dieser Zeit gab es in der ČSSR keine Organisation, die sich kirchlicherseits mit der Problematik der Kirche und der Gläubigen in der Gesellschaft beschäftigte, auf der anderen Seite versuch-

ten die Staatsorgane nach dem 17. April 1969, als A. Dubček von G. Husák als Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPČ abgelöst wurde, wieder verstärkt auf die administrativen Methoden der Beeinflussung der Kirchen aus der Novotný-Ära zurückzugreifen.

### *Plojhar wieder auf der politischen Bühne*

Seit Herbst 1969 kehrte der nun 68jährige Plojhar auf die politische Bühne der Tschechoslowakei zurück. Zunächst blieb seine Aktivität allerdings auf das Föderalparlament und auf Versammlungen des Verbandes für die tschechoslowakisch-sowjetische Freundschaft, dessen stellvertretender Vorsitzender er seit Jahren ist, beschränkt. Am Ende des Jahres 1969 kehrte er aber auch in das Präsidium der Tschechoslowakischen Volkspartei zurück, deren Vorsitzender er bis zu seiner Abberufung am 28. März 1968 gewesen war. Auf der Tagung des Zentralkomitees der Tschechoslowakischen Volkspartei am 16. Dezember 1969 in Prag wurde Plojhar auf Vorschlag des Präsidiums, der vom Zentralsekretär der Partei, J. Pauly, vorgetragen wurde, wieder als Ehrenvorsitzender der Tschechoslowakischen Volkspartei und Mitglied des Präsidiums der Partei bestätigt („Důvěrník“, 23. 1. 70). Plojhar selbst erklärte auf der Tagung, die Partei müsse wiederum zu ihrem „christlichen und sozialistischen Programm zurückkehren“ („Lidová demokracie“, 18. 12. 69). Am 21. Februar 1970 veröffentlichte er in dem Zentralorgan der Tschechoslowakischen Volkspartei einen ausführlichen Artikel unter dem Titel „Christlich und sozialistisch“, in dem er sich ausdrücklich zu seinem früheren Programm bekannte, nach dem nur in der Lehre von Marx und Lenin die Zukunft der Menschheit zu suchen sei und das Christentum sich mit dem Kommunismus arrangieren müsse, wenn es die Aufgaben der Gegenwart erfüllen wolle. Diese Äußerungen des Begründers der „Friedensbewegung der katholischen Geistlichen“ in der Tschechoslowakei enthielten gewiß nichts Neues. Plojhar hatte sie seit Februar 1948, wo er nach der kommunistischen Machtübernahme in der ČSR in die Regierung Gottwald eintrat, wiederholt vertreten. Aber nach dem 21. August 1968 wurden sie erstmals wieder klar ausgesprochen.

### *Diskussion über die „Friedensbewegung“*

In der gegenwärtigen Situation der Tschechoslowakei wäre es nicht möglich, daß Plojhar mit diesen alten Argumenten wieder vor die Öffentlichkeit tritt, wenn er dazu nicht die Billigung eines Teils des Partei- und des Staatsapparates hätte. Es scheint, daß Plojhar sich vor allem auf die kommunistischen Dogmatiker im Erziehungsministerium und im Kulturministerium des tschechischen Landesteiles berufen kann. Für diese Vermutung sprechen die hochgespielten öffentlichen Sympathien, die der Kulturminister der Tschechischen Republik, M. Brůžek, für die ehemaligen hohen Funktionäre der Friedensbewegung bekundet. So hat er u. a. zum 65. Geburtstag des ehemaligen Generalsekretärs der Friedensbewegung, J. Beneš, diesem ein persönliches Glückwunschsreiben überbringen lassen, in dem er besonders seine „Verdienste für die Friedensbewegung der katholischen Geistlichen würdigte“ („Mladá fronta“, 24. 2. 70).

Etwas weniger klar ist dabei die Haltung des wieder in sein Amt zurückgekehrten Leiters des Sekretariats für Kirchenfragen, K. Hruža, der diese Funktion schon unter Novotný ausgeübt hatte und der mit Plojhar damals sehr eng zusammenarbeitete. Nach einer Meldung aus Prag sollen vor kurzem in Prag und Brünn Beratungen Hružas mit tschechischen und mährischen Geistlichen stattgefunden haben, die als „interne Veranstaltungen“ bezeichnet wurden. Auf beiden Tagungen analysierte Hruža die Kirchenpolitik der Regierung, aus seiner Darstellung ließen sich aber keine neuen Aspekte entnehmen. Als über eine mögliche Neugründung der *Friedenspriesterbewegung* gesprochen wurde, kam es zu lebhaften Diskussionen. Der Großteil der anwesenden Geistlichen sprach sich gegen eine derartige Neugründung aus, plädierte dafür aber für eine unabhängige Priestervereinigung, wie sie etwa vor dem Zweiten Weltkrieg bereits bestanden hatte. Eine solche Gründung müßte aber, so wurde betont, auf jeden Fall die Zustimmung der Bischöfe finden und sicherstellen, daß durch ihre Tätigkeit die Beziehungen zum Vatikan nicht beeinträchtigt würden. Die mährischen Geistlichen forderten zudem, daß von staatlicher Seite end-

lich einer Neubesetzung des erzbischöflichen Stuhles von Olmütz zugestimmt werde. Sowohl in Prag wie in Brünn empfahl Hruža den Geistlichen, ihm in absehbarer Zeit ihre konkreten Pläne für eine Verbandsgründung mit einem Strukturplan und einem Programm vorzulegen. Teilnehmer hatten den Eindruck, daß Hruža damit das Drängen der Friedenspriester in andere Bahnen lenken wollte (MID, 17. 2. 70).

Es scheint aber, daß auch die *Sowjetunion* kein Interesse an einer Zuspitzung der kirchenpolitischen Lage in der Tschechoslowakei durch eine Neuauflage der alten Friedenspriesterbewegung hat. So wurde aus Prag bekannt, daß der sowjetische Botschafter in der Tschechoslowakei S. V. Tschernowonko in Gesprächen mit tschechoslowakischen KP-Funktionären sich gegen die Neugründung der „Friedenspriesterbewegung“ ausgesprochen habe. Man vermutet, daß die Sowjetunion dabei außenpolitische Ziele, vor allem in bezug auf die von ihr vorgeschlagene Europäische Sicherheitskonferenz, im Auge hat, denn in Moskau erwartet man, daß der Vatikan diesen sowjetischen „Friedensplan“ unterstützen werde.

### *Restriktionen machen sich bemerkbar*

Auf der anderen Seite kann man hauptsächlich in der slowakischen Presse immer mehr Beiträge mit klarer anti-kirchlicher Tendenz finden. So beschwerte sich die slowakische „Pravda“ (10. 2. 70), daß in dem nordostslowakischen Bezirk Cadca von 20 452 Kindern der zweiten bis neunten Schulklasse 17 139, also 83,8 Prozent der Schüler, den Religionsunterricht besuchten (10. 2. 70). In einem anderen Artikel wurde der ehemalige Minister für Schulwesen, Prof. V. Kadlec, beschuldigt, daß aufgrund seiner konzilianten Haltung in der Kirchenfrage der Besuch des Religionsunterrichts sehr angestiegen sei. Der stellvertretende Unterrichtsminister der Slowakei, L. Vozár, hat eine neue Regelung des Religionsunterrichts angekündigt („Rolnické noviny“, 16. 2. 70). Auch der Bau neuer Kirchen soll in der Slowakei unterbunden werden. So wurden in der Presse Klagen darüber geführt, daß gegenwärtig in der Slowakei 80 neue Kirchen gebaut werden. Deswegen solle das „große Aufräumen“ im Investitionsbau auch

auf den Kirchenbau ausgedehnt werden. Insbesondere gelte das für solche Kirchenbauten, die 1968 begonnen wurden, als einige Kirchengemeinden meinten, die gesetzlichen Hemmnisse, die der Erweiterung des Kirchenbaus entgegenstanden, seien beseitigt worden. Für dieses „grüne Licht“, das vor zwei Jahren gegeben worden sei, habe man keine Mittel. Ein bezeichnendes Licht auf die gegenwärtigen Spannungen wirft ein Artikel, der in dem Prager protestantischen Blatt „Kostnické jiskry“ (11. 2. 70) veröffentlicht wurde und der von Geistlichen aus fünf Kirchen unterzeichnet war, darunter für die römisch-katholische Kirche vom Bischof von Böhmisches-Budweis, *J. Hlouč*. In dem Artikel antworten die tschechischen Theologen und Geistlichen auf einen Artikel des Kreisorgans der KPČ „*Jihočeská Pravda*“ (8. 11. 69), der unter dem Titel „Gott ist tot“ erschien. In diesem Beitrag wurde auf sensationelle Art über einige extreme Bewegungen in den Kirchen berichtet. Die Verfasser beweisen den Autoren des Artikels mehrere sachliche Irrtümer und eine Unkenntnis der Thematik. Es werden Zitate der Bibel aufgeführt, die nicht existieren, biblische Personen werden namentlich vertauscht usw. Scharf wird die These des kommunistischen Blattes verurteilt, nach dem das Christentum sich heute mit der Reaktion verbünde und Gewalt säe. „Wir sind der Ansicht, daß diese Methode, über das Christentum zu schreiben, zu dem sich eine große Anzahl unserer Bürger bekennt, keinen guten Dienst für die Beruhigung und Konsolidierung in unserem Lande leistet.“ „Es erinnert an die bekannten antikirchlichen Diskussionen in den fünfziger Jahren und bleibt tief unter dem Niveau, das in den letzten fünf Jahren der Dialog zwischen Marxisten und Gläubigen erreicht hat.“ Einziges „Positivum“ gegenüber den Artikeln der fünfziger Jahre sei, daß Jesus als historische Persönlichkeit gewertet werde, denn früher wurde in der Tschechoslowakei offiziell die These von seiner historischen Nichtexistenz verbreitet.

#### *Beschränkungen für Schwestern*

Es bleibt aber nicht nur bei Angriffen in der Presse. So wurde nun der Inhalt eines Dokumentes, den die Oberen der slowakischen Frauen- und Ordenskongregationen an den tschechoslowakischen Staatspräsidenten

ten *Svoboda*, den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der KPČ, *G. Husák*, und an andere führende Persönlichkeiten der ČSSR gesandt haben, bekannt. Aus dem Dokument geht hervor, daß der Leiter der Abteilung für kirchliche Angelegenheiten des slowakischen Kulturministeriums *Pavlík* den Oberen mitteilte, daß die Tätigkeit der Ordensschwestern in der Zukunft in der Slowakei auf folgende Gebiete beschränkt bleiben soll: Heil- und Pflgeanstalten für Schwachsinnige, Caritasheime für alte und gebrechliche Priester und Ordensschwestern, Sanitätstätigkeit im Sinne der Richtlinien des Gesundheitsministeriums, wahrscheinlich lediglich in psychiatrischen Abteilungen. Den Ordensschwestern soll verboten sein, in Altersheimen, in Familien und in Gemeinden zu wirken. Weiter soll ihnen jede seelsorgerische Tätigkeit sowie die Führung von Pfarrhaushalten untersagt werden. Die Aufnahme von Jugendlichen in Orden ist nicht gestattet. Die bisher aufgenommenen Novizinnen dieses Alters sind zu entlassen. „Als wir ihn (*Pavlík*) fragten, welches Gesetz es bei uns verbietet, Wohltaten zu verrichten, antwortete er uns wie folgt: Darüber wird hier nicht diskutiert! Das wird einfach angeordnet, und ihr müßt euch danach richten!“ (Wortlaut des Dokuments, deutsch in „*Rheinischer Merkur*“, 5. 3. 70).

### *The Church of Christ Uniting (COCU)*

Der Name der neuen „Superkirche“ in den USA ist schwer übersetzbar. Man könnte etwa sagen: „Die Kirche Christi im Stadium der Vereinigung“. Vom 9. bis 13. März 1970 wurde endlich zu St. Louis nach neun Jahren der Vorverhandlungen im Beisein zahlreicher Beobachter anderer protestantischer Kirchen, darunter vier aus der BRD, aber auch des Kardinals *J. Willebrands* (epd, 10. 3. 70), die organisatorische Fusion von neun evangelischen Denominationen auf dem Papier vollzogen. Von den rd. 25 Millionen Mitgliedern stellt die Vereinigte Methodistische Kirche 44 v. H., die anglikanische Episkopalkirche 14 v. H., die Vereinte Presbyterianische Kirche 13 v. H., die Vereinte Kirche Christi 8 v. H., die Disciples of Christ 7,5 v. H., die Afrikanische bischöfliche Methodistenkirche 4,5 v. H., die Presbyte-

Auch eine andere Nachricht, die Mitte März offiziell verbreitet wurde, erinnert an die Zeit des brutalen Kirchenkampfes der fünfziger Jahre. So hat die Staatsanwaltschaft in Banská Bystrica den römisch-katholischen Priester *A. Senaj* in Haft genommen, weil er angeblich „trotz Mahnungen staatlicher Stellen seine Funktion als Priester zu Tätigkeiten mißbrauchte, die rechtsgültigen Gesetzen zuwiderlaufen“. Daß die Verhaftung von den Bewohnern des Dorfes Zázrivá in der nördlichen Mittelslowakei, wo P. Senaj tätig war, eindeutig mißbilligt wurde, beweist die amtliche Nachricht, nach der seine „Verhaftung von einer Gruppe unverantwortlicher Störenfriede dazu benutzt wurde, die Bevölkerung des Dorfes Zázrivá aufzuwiegeln. Die Gruppe überfiel am 4. März 1970 eine Polizeipatrouille und verletzte einen Polizisten, der ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte, schwer. Die Polizisten ergriffen gegen die Aufrehrer Maßnahmen, die mit den gültigen Gesetzen übereinstimmen. Danach war in dem Dorf Ruhe und Ordnung wiederhergestellt“ (ČTK, 10. 3. 70). Wenn man den Text entschlüsselt, geht aus ihm klar hervor, daß die Dorfeinwohner die Verhaftung des Geistlichen als einen Eingriff in die Kirchenfreiheit betrachtet und sich den Polizeimaßnahmen widersetzt hatten.

rianer 3,5 v. H., die Afrikanisch-methodistische Zionskirche 3,5 v. H. und die Christlich-methodistische Bischofskirche 2 v. H. Dieser Akt geschieht in einem Augenblick, da *L. Alting* von Geusan einen Allroundbericht über „Die Krise des ökumenischen Institutionalismus“ veröffentlicht (in IDOC, abgedruckt in „*Réforme*“, 7. 3. 70). Was er da vom „postökumenischen Zeitalter“ schreibt und von der Zukunft der Untergemeinschaften aus den herkömmlichen christlichen Kirchen, wurde alles schon im Oktober 1967 viel schärfer gesagt von Harvey Cox auf der Studienkonferenz über die Programmschrift der COCU „Prinzipien der Kirchenunion“ (vgl. den ausführlichen Bericht in: Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 218 bis 220). Da ist auch nachzulesen, was die COCU ist, nämlich das Lieblings-